

Schriftliche Frage Nr. 317 vom 9. Oktober 2018 von Herrn Balter an Herrn Minister Antoniadis – Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 301 bezüglich der Auswirkung endokriner Disruptoren auf den sinkenden IQ der Menschheit¹

Frage

Bei einer Frage unserer schriftlichen Frage Nr. 301 handelte sich um das Dokument 160 (2017-2018) Nr. 2 (Bericht der Regierung an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Umsetzung der Aufforderungen und Empfehlungen des Parlaments an die Regierung durch begründete Anträge, durch Resolutionen sowie durch bestehende dekretale Berichterstattungsaufträge), datiert vom 25.09.2017, welches den Stand der Dinge bzgl. der Umsetzung dieses Auftrags wie folgt bezeichnete:

„Hat begonnen.

Die Resolution wurde mit einem Begleitbrief der Regierung am 7. Dezember 2016 an folgende Empfänger versandt:

Angela MERKEL, Bundeskanzlerin

Charles MICHEL, Premierminister

Christine DEFRAIGNE, Präsidentin des Senates

Siegfried BRACKE, Präsident der Abgeordnetenkommission

Xavier BETTEL, Premierminister Luxemburg

Jean-Claude JUNKER, Präsident der Europäischen Kommission

Donald TUSK, Präsident des Europäischen Rates

Martin SCHULZ, Präsident des Europäischen Parlamentes

Antwort erhalten von Seiten Kommission am 15.02.2017.“

Unsere Frage hierzu war, ob die anderen Empfänger (außer die EU-Kommission) ebenfalls geantwortet hätten und ob Sie die Antworten anfügen könnten.

Ihre Antwort war, dass die anderen Adressaten nicht auf das Schreiben geantwortet hätten.

Aus Ihrer Antwort geht also deutlich hervor, dass verschiedene Empfänger gar nicht geantwortet haben. In solch einem Falle liegt es in Ihrer Verantwortung, dort dementsprechend nachzuhaken. Der Auftrag an die Regierung der DG in der vom Parlament verabschiedeten Resolution vom 20.06.2016 (Dok. 102) war diesbezüglich deutlich formuliert:

„(...) diese Forderungen unter besonderer Berücksichtigung der gesundheitlichen Interessen der Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu vertreten, sich bei der nationalen Kammer, der nationalen Regierung, der deutschen Regierung, der luxemburgischen Regierung, dem EU-Parlament, der EU-Kommission und beim EU-Ministerrat für ein Verbot von endokrinen Disruptoren in allen Lebensmitteln sowie Konsumartikeln und für eine Kennzeichnungspflicht für Gebrauchsgegenstände, die diese beinhalten, einzusetzen. (...)“

Im vorliegenden Fall stellen wir also fest, dass die Regierung der DG sich nicht für die Forderungen des Parlaments eingesetzt hat, sondern im Gegenteil nur das Nötigste getan hat (die Resolution versandt) und seit fast 2 Jahren keine Nachverfolgung durchgeführt.

Es kann doch nicht Ihr Ernst sein, dass Sie, Minister für Gesundheitsprävention, so fahrlässig mit dieser sensiblen Thematik umgehen. Als Schlussfolgerung könnte man fast meinen, die Gesundheit der Bürger in der DG interessiere Sie nicht.

Diesbezüglich unsere Nachfragen wie folgt:

¹ Die nachfolgend veröffentlichten Texte entsprechen den hinterlegten Originalfassungen.

1. Die Resolution wurde Ende 2016 an die o.g. Empfänger versendet und Sie haben bis heute keine Antwort erhalten (außer von der EU-Kommission). Erwarteten Sie eine Reaktion oder war Ihr Schreiben nur als Information für die anderen Regierungen gedacht?
2. Wann dachten Sie, ein Erinnerungsschreiben zu versenden oder andere Möglichkeiten der Nachverfolgung zu nutzen? Warum ist dies bis dato noch nicht geschehen?
3. Bis wann und was werden Sie in dieser Sache unternehmen um den Auftrag des Parlaments gerecht zu werden?
4. Im Ausschuss haben Sie bei anderen Themen mehrfach erwähnt, dass es zwischen Ihnen und dem Kabinett der föderalen Ministerin des Öfteren zu einem Austausch komme. Und regelmäßig finden auch Sitzungen des interministeriellen Rates statt. Hat es diesbezüglich einen Austausch gegeben bzw. haben Sie die föderalen Minister/innen darauf angesprochen, so wie es Ihr Auftrag seitens des Parlaments war? Wenn nein, warum nicht?

Antwort

„Der für Gesundheit zuständige Ausschuss des Parlamentes der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens hat sich ausführlich mit den Auswirkungen von Chemikalien in Lebensmitteln auf die Gesundheit der Menschen auseinandergesetzt. Zum Abschluss dieser Arbeit wurde eine Resolution an verschiedene Gremien verfasst mit dem Ziel, die Verwendung von endokrinen Disruptoren in allen Lebensmitteln sowie Konsumartikeln zu untersagen sowie eine Kennzeichnungspflicht für Gebrauchsgegenstände, die diese beinhalten, zu erreichen.

Hiermit möchte ich Ihnen im Auftrag der Regierung diese Resolution des Parlamentes der Deutschsprachigen Gemeinschaft zukommen lassen mit der Bitte, dieser Thematik eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen“.

Dies ist ein Auszug des Schreibens, das Ministerpräsident Paasch im Namen der Regierung an die besagten politischen Entscheidungsträger geschickt hat. Es stimmt, dass die Europäische Kommission als einziger der Adressaten geantwortet hat. Grundsätzlich ist das sicherlich positiv und eine Antwort der anderen politischen Verantwortlichen hätte uns gefreut, da unser Schreiben nicht nur als reine Information gedacht war, sondern als ein Aufruf im Interesse der Bürger. Die Empfänger der Resolution des Parlaments sind nicht verpflichtet, schriftlich darauf zu reagieren. Wir können die Empfänger von Schreiben hierzu auch nicht verpflichten. Auf die meisten Resolutionen, die verschickt werden - und das quer durch alle Bereiche - erfolgen keine schriftlichen Stellungnahmen der entsprechenden Gebietskörperschaft.

Das bedeutet nicht, dass wir entsprechende Initiativen nicht unterstützen. Ich denke da zum Beispiel an einen Vortrag der KAP Eupen unter dem Titel: *„Umweltschadstoffe, eine alltägliche Gefahr“*. Dieser findet am Montag, den 19. November um 19 Uhr statt. In diesem Rahmen wird auch der Einfluss der endokrinen Disruptoren thematisiert. Die Veranstaltung wird aktuell beworben.

Für mehr Infos: <https://www.kap-eupen.be/>

Was die Präventionsarbeit in der DG angeht, möchte ich darüber hinaus erneut auf die Aussage zurückkommen, die ich bereits in der Antwort auf die schriftliche Frage 301 gemacht habe. Das Thema der endokrinen Disruptoren ist wichtig. Das gilt für alle Themen in der Präventionsarbeit, die ein sehr breites Spektrum ist. Deswegen müssen wir in der DG mit Schwerpunkten arbeiten. Die Schwerpunkte der Gesundheitsförderung wurden 2017 nach Begutachtung des Vorschlags der Regierung durch den Beirat für Gesundheitsförderung verabschiedet. Diese Schwerpunkte wurden auf Grundlage von Studienergebnissen und wissenschaftlichen Arbeiten erstellt. Weder die Studien noch der Beirat haben dabei die Wichtigkeit hervorgehoben, über dieses Thema strukturell zu sensibilisieren.